

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 309

5. Mai 2004

10. Jahrgang

## Frauen in den *Maquilas*, die Aschenbrödel der Region

In Zentralamerika arbeiten mehr als 300'000 Menschen, die meisten von ihnen Frauen, zu miserablen Arbeitsbedingungen in *Maquilas*, Fertigungsfabriken jeglicher Massenwaren, vornehmlich der Kleidungs- und Computerchipbranche. Die generalisierte Ausbeutung und die verbalen und physischen Übergriffe haben ihre Auswirkungen weit über die Fabrikttore hinaus. Sie gefährden das Leben der Arbeiterinnen und die Zukunft ihrer Kinder. Die Löhne reichen den Frauen kaum zum Überleben. Schuld daran haben z.T. die Regierungen, welche die landesüblichen Mindestlöhne niedrig halten, um ausländische Investitionen anzuziehen. Ebenso fehlt es an verbindlichen Arbeitsstandards. Schuld haben aber auch die BesitzerInnen internationaler Kleidermarken, deren Gewinn auf dem Rücken der *Maquila*arbeiterInnen erwirtschaftet wird.

Der folgende Artikel erschien in *Inforpress Centroamericana 1552* vom 19. März 2004 und basiert auf einer Studie von *Oxfam International*.

In den Zentralamerikanischen *Maquilas* gehören Ausbeutung, 10-Stunden-Arbeitstage, niedrige Löhne, ein permanenter Druck, das Verbot von Gewerkschaften, die miserablen infrastrukturellen und sanitären Bedingungen zum täglichen Brot der Angestellten. Weltweit sind vier von fünf *Maquila*-angestellten Frauen unter 25 Jahren. Der Bericht von *Oxfam International* zitiert einen *Maquilabesitzer*, der die „Vorteile“ junger ArbeiterInnen preist: „Wir ziehen junge Frauen vor, weil sie disziplinierter sind als ihre älteren Kolleginnen. Manchmal müssen sie die ganze Nacht durcharbeiten, doch sie haben volles Verständnis für die Notwendigkeit dieser Flexibilität.“

Eine Arbeiterin der *Maquila* "Star Fashion" (in koreanischem Besitz), in Guatemala Stadt, erzählt, dass den 800 ArbeiterInnen drei Toiletten zur Verfügung stehen. Gehen die Frauen häufiger als dreimal täglich auf die Toilette, erhalten sie eine schriftliche Verwarnung. Während der Arbeit werden sie vom Vorarbeiter per Lautsprecher verbal misshandelt. Während ihrer 40-minütigen Mittagspause müssen sich die Frauen zum Essen auf den Boden setzen, einen Aufenthaltsraum gibt es nicht. Gesetzlich wäre eine einstündige Mittagspause vorgeschrieben. Eine weit verbreitete Diskriminierung ist das doppelmoralische Verhalten der Vorgesetzten, einen Schwangerschaftstest von den Frauen zu verlangen, bevor sie eingestellt werden und sie, kaum sind sie im Betrieb, sexuell zu missbrauchen. Vor allem unverheiratete Frauen sind stark den Übergriffen ihrer Vorgesetzten ausgesetzt.

In Nicaragua trifft man eine ähnliche Situation an. Gemäss einer regionalen Studie von *Oxfam International*, wurden im Jahr 2002 von den *MaquilabesitzerInnen* 262 Anträge zur Auflösung eines Arbeitsvertrages beim Arbeitsgericht eingereicht, in 77 Fällen wurde als Kündigungsgrund die Schwangerschaft einer Frau angegeben. Die Konsequenzen der Ausbeutung und der Misshandlung übertragen sich auch auf die Kinder der ArbeiterInnen (Was jedoch nicht die Kündigung einer schwangeren Frau rechtfertigen darf! die Red.). Viele ArbeiterInnen haben keine Zeit, sich gross um die Erziehung und das Wohlergehen ihrer Schützlinge zu kümmern. Umgekehrt stellen die wenigsten *Maquilas* Kinderkrippen zur Verfügung, so dass es oft die älteren Geschwister sind, die sich um die Kleineren kümmern müssen.

Der Druck in der internationalen Modebranche wird auf die schwächsten Glieder der Produktionskette, die Arbeiterinnen in den *Maquilas* abgewälzt. Der Konkurrenzdruck unter den weltbekannten Kleiderherstellern (*Gap*, *H&M*, *Zara* und *Nike*) und zwischen den grössten Supermärkten (*Wal-Mart*, *Carrefour*, *El Corte Inglés*) ist enorm. Bis vor kurzem wurden noch vier Kollektionen jährlich auf den Markt gebracht, doch die schwedische Marke *H&M* und die spanische *Zara* haben sich erfolgreich darauf spezialisiert, permanent neue Kollektionen zu entwerfen. Gemäss *Oxfam International* bringt *Zara* etwa 14-täglich eine neue Kollektion auf den Markt, was natürlich den Produktionsdruck auf die *Maquilas* und deren Angestellten multipliziert. „Da kann man noch lange über internationale Verhaltenskodexe sprechen, die Diskrepanz zwischen der Rhetorik dieser Unternehmen und der Realität ist immens“, kritisiert Manuel Muñoz von *Oxfam*.

Die *Maquilas* sind aber auch ein wichtiger Faktor innerhalb der zentralamerikanischen Wirtschaft. In Guatemala, dem zentralamerikanischen Land mit den meisten *Maquilas*, deckte die Bekleidungsindustrie im Jahre 2003 28% der nicht-traditionellen Exportprodukte ab.

Die Arbeitsbedingungen haben auch physische Auswirkungen auf die Frauen. Diese reichen von Erschöpfungszuständen und Stress bis zu Kopfschmerzen, Husten oder Allergien, ausgelöst durch die Stofffasern, die Chemikalien, mit denen die Stoffe behandelt werden oder die mangelnde Durchlüftung in den Fabriken. Dazu kommen Nierenprobleme, weil die Frauen nicht auf die Toilette können und Schmerzen im Nacken und im Rücken sowie in den Beinen, bedingt durch die Arbeitshaltung und die immer gleichen Handgriffe, die die Frauen während bis zu 14 Stunden täglich ausüben müssen.

Gemäss der Studie von *Oxfam International* sind die staatlichen Institutionen der zentralamerikanischen Länder bestens informiert über diese Zustände. Die Arbeitsministerien der einzelnen Länder geben jedoch vor, nicht genügend personelle und ökonomische Ressourcen zu haben, um die Arbeitsbedingungen in den *Maquilas* zu überprüfen und deren BesitzerInnen dazu zu zwingen, sie zu

verbessern. In Guatemala dauert ein Prozess vor dem Arbeitsgericht im besten Fall sechs Monate, im schlechtesten Fall bis zu drei Jahren.

In Zentralamerika ist die Arbeitslosigkeit von Frauen signifikant höher als die der Männer. So sind auch mehr Frauen gezwungen, im informellen Sektor oder, zwar im formellen Sektor, jedoch zu prekären Bedingungen zu arbeiten. Die *Maquilas* sind einer der wenigen Industriezweige des formalen Sektors, wo arme und ungebildete Frauen Arbeit finden können. Diese Arbeit ist entsprechend schlecht bezahlt und es gibt keine Arbeitssicherheit. Obwohl es keine genauen Zahlen gibt, geht man davon aus, dass in Zentralamerika 60-80 % aller *Maquila*arbeiterInnen Frauen sind. Trotzdem verdienen sie durchschnittlich 36% weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die *Maquila*arbeiterinnen kleiden zwar die ganze Welt ein, verdienen aber nicht genügend, um sich selber zu kleiden. Ihre Gehälter reichen zum Überleben, jedoch nicht zum Leben. Die in den zentralamerikanischen *Maquilas* ausbezahlten Mindestlöhne reichen gerade einmal aus, um 60% der Kosten des Grundnahrungsmittelkorbes der jeweiligen Länder abzudecken. In Honduras sind die Löhne der *Maquila*arbeiterin-

nen zwar etwas über dem landesüblichen Mindestlohn, doch gemäss offiziellen Zahlen der honduranischen Regierung können damit bloss 33% der Grundbedürfnisse einer Familie abgedeckt werden.

In Guatemala wird den meisten *Maquila*arbeiterinnen der Mindestlohn von 1'026 Quetzales pro Monat (ca. US-\$ 130) ausbezahlt. Dieser Lohn ist aber für eine Arbeitszeit von täglich 8 Stunden berechnet und nicht für 12 Stunden, wie die meisten von ihnen zu arbeiten gezwungen sind. Solch niedrige Mindestlöhne und die Möglichkeit, die Frauen zu längeren Arbeitszeiten zu zwingen, sind natürlich verlockend für US-amerikanische und koreanische Mode-Unternehmen. Sie sind die am meisten verbreiteten in Zentralamerika. Mit dem in den USA üblichen Mindestlohn von US-\$ 5 pro Stunde können in Nicaragua, wo der Stundenlohn US-\$ 0,30 beträgt, 17 Arbeiterinnen bezahlt werden.

Viele FabrikbesitzerInnen fühlen sich durch die Möglichkeit, dass sich ihre Angestellten gewerkschaftlich organisieren und einen Bewusstseinsbildungsprozess durchlaufen, bedroht. In Guatemala gibt es genau in zwei *Maquila* eine Gewerkschaft, in El Salvador sind es 16 und in Nicaragua, das diesbezüglich etwas offener ist, sind es 31. In Gua-

temala hat der geringe Organisationsgrad sicher mit der alten Angst vor Repression zu tun.

Ein weiterer Grund, sich nicht für die eigenen Rechte einzusetzen, ist laut Edda Gaviola, Direktorin des *Menschenrechtszentrums CALDH*, das sich u.a. auch für die Rechte der *Maquila*arbeiterinnen einsetzt, das in Guatemala verbreitete Misstrauen gegen die Justiz. Die Angst und das Misstrauen sind nicht unbegründet: Viele *Maquilas* verbieten es den Arbeiterinnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren – tun sie es trotzdem, müssen sie mit einer Kündigung rechnen.

In den vergangenen sechs Jahren wurden beim guatemalteckischen Arbeitsgericht 45'196 Klagen eingereicht, gemäss Oxfam wurde in 12'152 Fällen (26.8%) ein Urteil gefällt. Ein weiteres Problem ist, dass, wenn das Arbeitsgericht eingreift und ein Unternehmen genauer unter die Lupe nimmt, dieses oft von einem Tag auf den anderen „schliesst“, die Angestellten ohne Lohn geschweige denn einer Abfindung auf die Strasse stellt und kurze Zeit später unter anderem Namen wieder eine neue *Maquila* eröffnet. In den vergangenen vier Jahren schlossen in Guatemala 122 *Maquilas* ihre Tore, derweil 81 neu eröffnet wurden.

## Weg mit dem Dekret 9-2003!

**Guatemala, 27. April.** Das noch unter Präsident Portillo im März letzten Jahres verabschiedete Dekret 9-2003 schreibt vor, dass ein pharmazeutisches Produkt auf dem guatemalteckischen Markt während fünf Jahren geschützt ist und so lange kein Generikum dieses Medikaments eine Verkaufszulassung bekommt. Konkret bedeutet dies, dass – auch wenn Generika existieren würden – nur Markenmedikamente zu teuren Preisen gekauft werden können, was für alle chronisch kranken Personen, HIV-Positive oder KrebspatientInnen extem hohe Kosten mit sich bringt und oft eine Therapie in den Bereich des Unmöglichen rückt.

Auf zwei Ebenen wird nun für die Annullierung dieses Dekrets gekämpft: Einerseits wird der Kongress ersucht, das Thema noch einmal zu behandeln und den Entscheid rückgängig zu machen. So rief kürzlich Menschenrechtsprokurator Sergio Morales im Namen der Bevölkerung den Kongress auf, seinen Beschluss des letzten Jahres nochmals zu überdenken. Mit dem aktuellen Dekret würden die transnationalen Pharmaunternehmen begünstigt und ausser-

dem könne es das Todesurteil für viele Menschen bedeuten, argumentierte Morales. Der Vorschlag des Menschenrechtsprokurator wurde von der Partei *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) aufgenommen, die eine Gesetzesinitiative vorschlug, welche den Verkauf von Generika erlaubt. Laut Auskunft von Kongresspräsident Rolando Morales wird der Kongress in den nächsten Tagen über die Initiative beraten. er selbst versprach, persönlich sein Möglichstes zu tun, damit sie angenommen werde. Auch Präsident Berger sprach sich dafür aus, dass das Dekret 9-2003 annulliert und die Initiative der UNE diskutiert werde.

Bereits am 31. März reichte die *Zivile Allianz für den Zugang zu Medikamenten* (ACAM) beim Verfassungsgericht eine Klage gegen das Dekret ein. Sie stützt sich auf den Artikel 12 der guatemalteckischen Verfassung, in dem die Pflicht des Staates, den Personen das Recht auf Gesundheit zu garantieren, festgeschrieben ist. Am 27. April fällte das Verfassungsgericht ein provisorisches Urteil, in dem es das Dekret als weiterhin gültig erklärt. Entsprechend konzentrieren

sich die Hoffnungen der *Allianz* und somit die Hoffnungen vieler kranker Menschen auf einen positiven Entscheid des Kongresses.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:  
Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15  
79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise**

**14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Evaluation nach 100 Tagen Regierungszeit von Oscar Berger

**Guatemala, 23. April.** Ein Präsident mit guten Vorsätzen, ein Kommissar (Otto Pérez Molina), der die meisten politischen Entscheide der Legislative beeinflusst und kontrolliert, das Fehlen einer Steuerpolitik und ein generelles Klima der Unsicherheit. Dies sind einige Stichworte, die bei der Analyse der ersten 100 Regierungstage von Präsident Berger durch ExpertInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft aufgezählt wurden. Verschiedene AnalystInnen bestätigen, dass nach drei Monaten der Regierung der *Grossen Nationalen Allianz* GANA Persönlichkeiten aus dem Unternehmertum im Kabinett überwiegen, noch keine klare Staatspolitik definiert wurde und entsprechend auch kein kohärenter Arbeitsplan vorliegt.

Anlässlich eines von der Tageszeitung *Prensa Libre* organisierten „Arbeitsfrühstücks“ kommentierten ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft die eingeschlagene Regierungspolitik in „ihrem“ jeweiligen Fachbereich.

**Land:** Für Ursula Roldán, Aktivistin der *Plataforma Agraria*, müssten die Forderungen der BäuerInnen ein prioritäres Thema der Regierung sein. Doch weit davon entfernt, Verständnis für die prekäre Landsituation aufzubringen, die einen Grossteil der ländlichen Bevölkerung betrifft, werde das Privateigentum geschützt und die besetzten Ländereien brutal geräumt (siehe separater Artikel).

**Gesundheit:** „Die Schaffung eines professionell arbeitenden Gesundheitsministeriums ist elementar“, forderte Luis P. Castellanos, Vertreter der *Panamerikanischen Gesundheitsorganisation* OPS. Vielleicht sei es zu früh, nach 100 Tagen substantielle Veränderungen zu erwarten, doch unabdingbare Voraussetzung für irgendwelche Verbesserungen im Gesundheitswesen sei die Erhöhung des Budgets des entsprechenden Ministeriums.

**Sicherheit:** Iduvina Hernández von der Institution *Seguridad Democrática* äusserte sich beunruhigt darüber, dass der Sicherheitskommissar Otto Pérez Molina freie Hand hat in allen Entscheidungen betreffend „Sicherheit“ und mehr Macht über das Innenministerium ausübt als Präsident Berger selber.

**Erziehung:** „Die Schaffung von departementalen Erziehungsdirektionen ist ein wichtiger Schritt“, erklärte die Analytikerin von ASIÉS, Cinthia de Tajada. Nun ginge es darum, einen Lehrplan zu erarbeiten, der mindestens die nächsten 20 Jahre beibehalten werde, nur so könne überhaupt an eine Veränderung im Land gedacht werden.

**Wirtschaft und Finanzen:** „Die einzige Chance der Regierung Berger ist, so schnell wie möglich eine neue Steuerpolitik zu erarbeiten“, so Juan Alberto Fuentes vom UNO-Entwicklungsprogramm PNUD. Als positiv wertet er die unternommenen Schritte in Sachen Transparenz in der Steuerbehörde (SAT) und im Rechnungsprüfungswesen (CGCN).

Auch der indigene Sektor ist nicht zufrieden mit den ersten hundert Tagen der Regierung Berger. In einer Presseerklärung bezeichnet die *Defensoría Indígena* (DI) deren Politik als ineffizient und unfähig, Änderungen zu erzielen. Explizit stört sich die DI an der kürzlichen Verabschiedung des Wahl- und Parteiengesetzes (siehe ¡Fijáte! 307), welches gemäss Komuniké diskriminierend für die Bevölkerung - speziell die indigene - sei.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das Aussenministerium. Aussenminister Jorge Briz wird mangelnde Erfahrung vorgeworfen, was ein völliges Erliegen sämtlicher diplomatischen Aktivitäten und Kontakte in diesen ersten drei Monaten zur Folge hatte. Selbst aus dem Unternehmenssektor stammend habe er auffällig viele UnternehmerInnen als BotschafterInnen entsandt, welche natürlich ihre entsprechenden Interessen vertreten würden.

Auch Präsident Berger zog seine Bilanz nach 100 Regierungstagen, wobei er darauf hinwies, dass 100 Tage zu wenig seien, um wirkliche Veränderungen zu erzielen. Er betonte, überzeugende Massnahmen ergriffen zu haben, gab aber zu, dass diese bisher nicht mehr Sicherheit oder eine bessere Wirtschaftslage zur Folge hatten. Als besonders nennenswert befand er seine transparente und auf Sparsamkeit bedachte Politik, die Wiederaufnahme der Friedensabkommen, die Ernennung von Rigoberta Menchú zur „Botschafterin des guten Willens“ und von Rosalina Tuyuc zur Leiterin der Kommission für die Entschädigung der Kriegsoffer. Und: „Der Innenminister sagte mir, man könne nicht von einem Rückgang der Gewalt sprechen, doch immerhin habe man sie auf dem selben Niveau halten können wie letztes Jahr“, sagte Berger. Na ja, wenn es der Innenminister sagt...

Auch der Kongress hat seine ersten 100 Tage in neuer Besetzung hinter sich. Bisher lief diese Maschinerie sehr langsam, in den drei Monaten wurden bloss 4 Dekrete verabschiedet. Die Zeit wurde vor allem dazu gebraucht, um das neue Kräfteverhältnis auszuloten (keine der Parteien besitzt die absolute Mehrheit) und die z.T. sehr unerfahrenen Abgeordneten in ihren neuen Arbeitsbereich einzuführen.

## Erster Fisch im Netz

**Guatemala, 22. April.** Durch die dieser Tage erfolgte Festnahme des Drogenkartellhais Otto Herrera in Mexiko erhoffen sich die guatemalteckischen Behörden einen Dominoeffekt und somit den Zugriff auf weitere „führende Geschäftsleute“ in diesem Metier, muss sich doch durch den Coup das bisherige Netz neu stricken. Otto Herrera galt als einer der international sowohl von Guatemala als auch von INTERPOL meist gesuchten Drogenhändler, auf dessen Verrat die USA ein Kopfgeld von US-\$ 2 Mio. ausgesetzt hatten. Schliesslich war es den mexikanischen Behörden am Flughafen von Mexiko-Stadt gelungen, des Mannes habhaft zu werden, der vermutlich der Kopf der Drogenkartelle des Golfs von Izabal, Alta und Baja Verapaz sowie des Kartells von Sayaxché ist, das im Departement Petén an der Grenze zu Mexiko operiert. Herrera gilt weiterhin als Verbindungsmann der Kartelle in Kolumbien und in den mexikanischen Städten Sinaloa und Juárez, die von Joaquín „El Chapo“ Guz-

mán bzw. Ismael „El Mayo“ Zambada angeführt werden. Jährlich werden auf diesem Wege rund 10 Tonnen Drogen in die Vereinigten Staaten geschafft.

Im April 2003 stürmte die guatemalteckische Antidrogenpolizei ein Anwesen in einer Wohngegend der Hauptstadt, das wohl Herrera gehört. Hier gefundene US-\$ 14 Mio. in bar wurden beschlagnahmt und zwei KolumbianerInnen festgenommen, die mittlerweile vor guatemalteckischen Gerichten stehen.

Die Staatsanwaltschaft in Guatemala schreibt Herrera ausserdem den Besitz von zahlreichen Finkas, Wohnungen, mehr als 30 Autos, 3 Helikoptern und ferner zwei Yachten zu, Güter, die er mit Familienmitgliedern teilt. Auch des mehrfachen Mordes ist er angeklagt.

Die USA strebt an, Herrera wegen Drogenhandels zu verurteilen, in Guatemala steht sein vermeintliches Vergehen der Geldwäsche im Vordergrund. Noch ist nicht klar, wem der Fisch endgültig ins Netz gehen wird, wo also der Prozess stattfinden wird.

## Berger zieht Fusion von Ministerien in Betracht

**Guatemala, 22. April.** Die Ankündigung von Präsident Berger, aus spar-technischen Gründen verschiedene Regierungsministerien zusammenzulegen oder gar aufzulösen, stiess in der Zivilgesellschaft und bei PolitikerInnen auf heftige Kritik. Berbers Idee ist, die Zahl der Ministerien von zwölf auf acht zu reduzieren und so 2,5 Mio. Quetzales einzusparen. Zur Zusammenlegung in Frage kommen z.B. das Erziehungs- mit dem Kultur- und Sportministerium oder das Umwelt- mit dem Landwirtschaftsministerium.

Während Berger argumentiert, mit der Zusammenlegung Doppelspurigkeit zu verhindern und Arbeitsabläufe zu vereinfachen, befürchten GegnerInnen der Idee, dass vor allem im sozialen Bereich und bei der Umsetzung der Friedensabkommen schlicht und einfach Streichungen vorgenommen würden. Kongressabgeordnete verschiedener

Parteien wiesen darauf hin, dass für einen solchen Schritt Gesetzesänderungen notwendig seien und geben zu bedenken, dass es vielleicht sinnvoller wäre, eine etwas tiefer gehendere Analyse durchzuführen, als mit solchen undurchdachten Sparmassnahmen um sich zu schlagen. Die Regierung setzte eine Kommission ein, welche die „Abmagerungskur“ genauer studieren und bis Anfang Mai einen konkreten Vorschlag machen soll.

Als weitere Sparmassnahme bzw. Einnahmequelle kündigte Präsident Berger die Einführung von neuen und die Erhöhung von bereits bestehenden Steuern an. Um welche Steuern es sich handelt und um wieviel sie angehoben werden sollen, ist noch unklar. Tatsache ist jedoch, dass sich Berger mit dieser Massnahme Ärger mit seinen FreundInnen aus dem Unternehmenssektor einhandeln wird; der Unternehmensver-

band CACIF protestierte denn auch sogleich vorsorglich dagegen. Sie seien nicht bereit, mehr Steuern zu bezahlen, solange die Steuerbehörde (SAT) nicht effektivere Massnahmen ergreife, um Steuerhinterziehung zu vermeiden und solange keine Transparenz über die öffentlichen Ausgaben bestehe, kritisierte der CACIF.

Bis Ende April nimmt die *Technische Kommission für einen Finanzpakt* (CTPF) Vorschläge der Zivilgesellschaft entgegen, um daraus konkrete Empfehlungen an die Regierung zu erarbeiten. Bisher sind 15 Vorschläge eingegangen, erarbeitet von diversen Interessenverbänden, Instituten und Investitionszentren, Entitäten der Regierung wie die SAT oder die CTPF selber. Derweil ruft Kardinal Rodolfo Quezada Toruño dazu auf, zuerst über einen Sozialpakt zu diskutieren und erst dann über einen Finanzpakt.

## Verfassungsgericht weiterhin unter fragwürdiger Führung

**Guatemala, 14. April.** Inmitten von Kritik und unter Abwesenheit zahlreicher seiner KollegInnen, RegierungsfunktionärInnen und VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft nahm nun der Richter Cipriano Soto Tobar das Amt des Präsidenten des Verfassungsgerichts (CC) auf. Soto, der den ebenfalls angefochtenen Richter Mario Ruiz Wong ersetzt, wurde wiederholt wegen seiner Affinität zur vorherigen Regierungspartei *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) und der Verletzung der *Carta Magna* kritisiert, sprach er sich doch unter anderem trotz Verfassungswidrigkeit für die Kandidatur von Efraín Ríos Montt in den vergangenen Präsidentschaftswahlen aus. Nach dieser Entscheidung erklärte ihn die *Universität San Carlos von Guatemala* (USAC), deren Repräsentant er im Verfassungsgremium war, zur *persona non grata*, während soziale Sektoren den Amtsrücktritt von Soto und den weiteren Montt-unterstützenden Verfassungsrichtern forderten.

Vor der Lesung seines Diskurses der Amtsübernahme warf Soto der Presse die Verbreitung „leichtgläubiger“ Andeutungen böser Absicht gegen seine Person vor und empfahl ihr, besser die Wahrheit zu beurteilen, „sollte sie es schaffen, diese zu verstehen“. Als IgnorantInnen bezeichnete er die Medien und diejenigen Sektoren, die beständig beantragt haben, eine Steuerprüfung des Etats von 40 Mio. Quetzales durchzuführen, den er nun verwalten wird.

Carmen Aída Ibarra von der Gruppe „Pro Justicia“ sprach dem neuen Präsidenten unterdessen jegliche Legitimität und moralische Vertrauenswürdigkeit

dafür ab, diesen höchsten Verwaltungsorganismus zu leiten, habe er doch bei wiederholten Gelegenheiten die Rechtsstaatlichkeit des Landes verletzt. Gemäss Ibarra zeige der Funktionär deutlich seine Verachtung von Prinzipien und Werten demokratischen Charakters, in dem er Resolutionen formulierte und unter-

zeichnete, die eindeutig gegen die Verfassung versties. Dies habe bereits seit längerem den Weiterbestand eines Verfassungsgerichts zur Folge gehabt, das versunken sei in Kontroversen, das sein Ansehen und glaubwürdigen Ruf verloren habe und jeglichen Vertrauens entbehre.

## Unterschiedliche Signale an die Ex-PAC

**Guatemala, 25. April.** Während Präsident Berger den ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) zuerst versprach, er würde alles daran setzen, ihnen die versprochene Entschädigung ausbezahlen, erklärte er Anfang April, der Staat habe kein Geld und die zweite Rate der Zahlungen würden „auf Unbestimmt“ hinausgeschoben.

Derweil zeigt sich der präsidentiale Sicherheitskommissar und Ex-General Otto Pérez Molina optimistisch und gab be-

kannt, die Zahlung würden „nur“ von Mai auf Juni verschoben. Am letzten Wochenende traf sich Pérez Molina in Chimaltenango mit Tausenden von Ex-PAC, die eine Erklärung für die ausbleibenden Entschädigungszahlungen forderten. „Ich bleibe meinem Versprechen treu, dass wir die Zahlungen weiterführen, doch zuerst müssen wir die Finanzierung sichern und den notwendigen juristischen Rückhalt haben“, erklärte er gegenüber den ungeduldigen Ex-PAC.

## WARNUNG

**Guatemala, 12. April.** Vermeiden jeglichen Kontaktes mit guatemalteckischen Kindern, inklusive dem Fotografieren derselben sowie des Besuchs von privaten und nicht-öffentlichen Stränden sind zwei der Empfehlungen des Innenministeriums der USA an ihre StaatsbürgerInnen, die Guatemala bereisen wollen. Mittels seines Büros für Konsularangelegenheiten veröffentlichte eben dieses Ressort ein Informationsblatt, in dem davon die Rede ist, dass in Guatemala eine kriminelle Gewaltserie registriert würde und „eine wachsende endemische Armut, eine Fülle von Waffen sowie einen Trend einer gewaltsamen

Gesellschaft und eines dysfunktionalen Justizsystems“ präsentiere.

Der dazu befragte Innenminister Guatemalas, Arturo Soto, gibt sich unterwürfig: Die USA überarbeite regelmässig diese Art von Bekanntmachung. Er vertraue darauf, dass die nächste Analyse des Landes durch den Grossen Bruder anders lauten wird. Doch „man kann nicht erwarten, dass sie sich von heute auf morgen verändert.“ Welche Ursachen und Verantwortlichkeiten derweil hinter der tatsächlich nicht zu leugnenden kritischen Situation des Landes stecken, bleibt indes unhinterfragt.

Na dann: Gute Reise, Guatemala!

## Der guatemaltekische Staat auf der Anklagebank

**Guatemala, 26. April.** Das *Interamerikanische Menschenrechtsgericht* (CIDH) musste dieser Tage gleich zwei Fälle beurteilen, in denen der guatemaltekische Staat wegen Menschenrechtsverletzung angeklagt ist. Im einen ging es um das Massaker von Plan de Sánchez, Baja Verapaz, das am 18. Juli 1982 verübt wurde und bei dem 84 Personen ermordet wurden. Eingereicht wurde der Fall vom Menschenrechtszentrum CALDH, das die Überlebenden dieses Massakers sowie die Hinterbliebenen der Opfer juristisch begleitet.

Der Kampf um Gerechtigkeit in diesem Fall begann 1992, als das guatemaltekische Menschenrechtsprokurat (PDH) über die Existenz eines Massengrabes im Ort Plan de Sánchez informiert wurde. Trotz der Beweise, die mit der Exhumierung dieses Grabes an den Tag kamen und dem unermüdlichen Kampf vor den guatemaltekischen Gerichten, blieb der Fall in der Straffreiheit stecken. 1996 entschieden die Familienangehörigen der Opfer, den Fall vor die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* zu tragen, die im Jahr 2002 den guatemaltekischen Staat für das Massaker verantwortlich erklärte und eine Reihe von Empfehlungen zur Wiedergutmachung an den Opfern gab. Empfehlungen, die nie eingehalten oder umgesetzt wurden, weshalb der Fall nun vor das *Interamerikanische Menschenrechtsgericht* getragen wurde. Die UnterstützerInnen des Falls bezeichnen ihn als paradigmatisch, weil es das erste der rund 600 vom guatemaltekischen Militär in den 80er Jahren durchgeführte Massaker ist, das vor eine so hohe Instanz gelangt. Ausserdem würde eine Verurteilung des guatemaltekischen Staates in diesem Fall die Anklagen stärken, die bei nationalen und internationalen Gerichten gegen die damaligen Generäle Ríos Montt und Lucas García eingereicht wurden.

Im Fall gegen Ríos Montt und Lucas García scheint sich auf internationaler Ebene ebenfalls etwas zu tun. Am 19. April reichte der spanische Richter Baltasar Garzón, der den von Rigoberta Menchú angestrebten Prozess gegen hohe guatemaltekische Ex-Militärs vor dem spanischen Obergericht verfolgt, in Guatemala ein Rechtshilfesuch ein. Darin bitter er um die Erlaubnis, in Guatemala Verhöre von ZeugInnen durchzuführen, die aus irgend einem Grund nicht in der Lage sind, nach Spanien zu reisen, um vor dem dortigen Gericht auszusagen. Ausserdem will er die Angeklagten über ihre rechtliche Situation bei einem internationalen Prozess aufklären

und ihnen ihre Rechte garantieren. Dies als Vorbedingung, damit überhaupt internationale Such- und Haftbefehle ausgestellt werden können. Das Gesuch von Garzón muss vom guatemaltekischem *Obersten Gerichtshof* (CSJ) bewilligt werden, das bekannterweise in mehreren Fällen Pro-Ríos Montt und Pro-FRG geurteilt hat. Gustavo Meoño von der *Rigoberta Menchu-Stiftung* ist jedoch zuversichtlich und hofft, dass bis in zwei Monaten die Bewilligung vor die Vor-Ort-Untersuchungen Garzón's erteilt sind. Die Reaktion von Ríos Montt auf den Antrag aus Spanien: „Ich bin nicht der Spanischen Krone unterstellt. Wenn ich irgendwo Aussagen mache, dann vor der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft.“

Der zweite Fall, den das CIDH ge-

gen den Guatemaltekischen Staat beurteilen musste, wurde von der Menschenrechtsorganisation GAM und dem *Menschenrechtsbüro des Erzbistums* (ODHA) eingereicht. Es betrifft die Entführung des damals 14-jährigen Marco Antonio Molina Theissen vom 6. Oktober 1981. Der Junge wurde aus seinem Elternhaus entführt und ist seither verschwunden, nachdem vier Tage zuvor seine Schwester aus der Militärbas in Quetzaltenango flüchten konnte, wo sie gefangen gehalten worden war. Der Vertreter der guatemaltekischen Regierung vor dem CIDH, Estuardo Meneses, akzeptierte die Regierungsverantwortung in diesem Entführungsfall und bat die Familienangehörigen des Jungen im Namen des guatemaltekischen Staates um Verzeihung.

### Späte Genugtuung

**Guatemala, 22. April.** Präsident Oscar Berger bat im Namen des guatemaltekischen Staates die Familie der am 11. September 1990 ermordeten Anthropologin Mirna Mack um Verzeihung. Mit diesem öffentlichen Akt erfüllte Berger eine der Empfehlungen des *Interamerikanischen Menschenrechtsgerichts* (CIDH), das im November letzten Jahres den Guatemaltekischen Staat als verantwortlich für die Ermordung von Mack verurteilte. Berger bedauerte in seiner Ansprache, dass die Familie Mack internationale Instanzen beanspruchen musste, da es in Guatemala selber (aus Sicherheits- und finanziellen Gründen) nicht möglich war, solche Prozesse durchzuführen. Sowohl von den Familienangehörigen von Mirna Mack wie auch von VertreterInnen internationaler Menschenrechtsinstanzen wurde die Geste von Präsident Berger gelobt und als ein vielversprechendes Zeichen gewertet, dass vielleicht in Zukunft weitere Fälle aus dem Sumpf der Straflosigkeit ans Licht kommen und so ein Beitrag zur Verarbeitung der Vergangenheit geleistet werden kann.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass dies ein rein moralischer Akt war, die juristischen Tatsachen sind ganz andere: Zwar ist der materielle Täter schon seit Jahren im Gefängnis; die intellektuellen Verantwortlichen des Mordes an Mirna Mack wurden erst viel später ausgemacht, verurteilt - und wieder freigesprochen. Erst letztes Jahr wurde das Urteil gegen den General Juan Valencia Osorio, der den Mord aus den Chefetagen des *Präsidialen Generalstabs* (EMP) angeordnet hatte, erneuert. Seit Januar 2004 ist der zu 30 Jahren Ge-

fängnis verurteilte Osorio untergetaucht und konnte trotz internationalem Haftbefehl bisher nicht dingfest gemacht werden.

In diese Richtung ging auch ein Flugblatt, das die Hinterbliebenenorganisationen FAMDEGUA und HIJOS zum gegebenen Anlass verteilten. Unter dem Titel „Um Verzeihung bitten reicht nicht, 250'000 Opfer warten auf Gerechtigkeit und Justiz“ verurteilen sie das Verhalten von Präsident Berger als opportunistisch und populistisch. Es sei nicht damit getan, in einem spezifischen Fall um Verzeihung zu bitten ohne die anderen überhaupt zu erwähnen, geschweige denn, wirklich etwas zu deren Aufklärung zu unternehmen und die verantwortlichen Militärs zu bestrafen. Die von Berger vorangetriebene neoliberale Politik sei genau so von Verbrechen gegen die Menschheit begleitet, nur dass sie diesmal nicht mit Waffengewalt ausgeführt würden, heisst es auf dem Flugblatt.

Ebenfalls in einem öffentlichen Akt wurde der Kriminalpolizist José Miguel Mérida Escobar geehrt. Er leitete anfänglich die Untersuchungen im Fall Mirna Mack und wurde wegen der Aussagen, die er vor Gericht gemacht hatte und in denen er die Umstände und Hintergründe von Mirnas Ermordung darlegte, vor 13 Jahren ermordet. An der Ehrung von Mérida Escobar nahmen VertreterInnen des Innenministeriums, der Generaldirektion der Polizei, Frank LaRue für die *Präsidiale Menschenrechtskommission* nebst den Familienangehörigen von Mérida Escobar und Mack sowie VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen teil.

## Der Kampf ums Land geht weiter

**Guatemala, 27. April.** Das *Komitee der Bäuerlichen Einheit* CUC blickt auf 26 Jahre Kampf zurück: Der Kampf um Zugang und Besitz von Land sowie um den Respekt der Menschen- und Arbeitsrechte der BäuerInnen habe zahlreichen AnführerInnen der Gruppe das Leben gekostet, so Ángela Xinico, CUC-Vertreterin in einer Pressekonferenz.

Das CUC, eine der ältesten indigenen und bäuerlichen Organisationen des Landes, hatte während des internen bewaffneten Konflikts eine aggressive Position zur Verteidigung gerade dieser Bevölkerung und der Zahlung des Mindestlohns inne. 1980 konnte es 80'000 Kämpfende mobilisieren, so Xinico.

Am 15. April 1978 gründete sich das CUC und markierte somit die Geschichte der indigen-bäuerlichen Bewegung, in dem es eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Ausbeutung der Ländereien des Río Negro, wo der Staudamm von Chixoy gebaut wurde, und die Landübernahme durch Militärs in Panzós, Alta Verapaz, einnahm. Die CUC-Leitung nahm zudem in der Besetzung der Spanischen Botschaft teil, in der einige von ihnen gemeinsam mit anderen AktivistInnen im Feuer starben, die die Massaker an die Öffentlichkeit brachten, die das Militär am 31. Januar 1980 verübt hatte.

Xinico erinnerte daran, dass während des Internen Krieges hunderte von AktivistInnen und AnführerInnen des CUC Opfer des Genozids, von Folter und Morden wurden, währenddessen viele Entführte nie wieder auftauchten. Trotz der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 habe die Repression gegen die BäuerInnenbewegung angehalten und sich gar 2000 mit den gewalttätigen Räumungen von besetzten Fincas sowie den Morden an AnführerInnen intensiviert. Trotz dieser Rückschläge beging das CUC sein 26. Jubiläum und ermahnte die BäuerInnen und alle anderen sozialen Organisationen, dem Kampf zur Veränderung von Strukturen zugunsten der Mehrheit treu zu bleiben.

Unterdessen bezeichnete Gilberto Atz von der *Nationalen BäuerInnenorganisation* CNOC die konstanten Räumungen, die Drohungen und Einschüchterungen sowie die Haftbefehle, die von Gerichtsinstanzen gegen ihre AnführerInnen verhängt werden, als Strategie, deren Ziel die Zerschlagung der Organisation sei. Atz wies darauf hin, dass im laufenden Jahr bereits 11 registrierte Räumungen von BäuerInnenfamilien vollzogen wurden, in denen stets der Autoritätsmissbrauch und der Gewaltexzess von Seiten der Sicherheitskräfte dominierten, die in konfrontativer und drohender Weise die Unterkünfte der Bäue-

rInnen umkreisten, bewaffnet mit Tränengasbomben, Knüppeln, Schildern und sogar Schusswaffen. Während der Räumungsaktionen würde den AnführerInnen mit Gefängnis gedroht, zahlreiche auf illegale Weise festgenommen, gegen andere lägen tatsächlich Haftbefehle vor. In ihrer Mehrheit seien die Anklagepunkte jedoch an den Haaren herbeigezogen und falsch, beinhalteten sie doch die Anklage von Seiten der LandeigentümerInnen der Anstiftung und Nutzung der Ländereien.

Die vor der Amtsübernahme schon existenten Vermutungen bzgl. der grausamen und inhumanen Art und Weise von Seiten der Regierung Oscar Bergers scheinen sich zu bestätigen, betrachte man deren Umgang mit dem BäuerInnensektor, so Virgilio Pérez, Mitglied des BäuerInnenzusammenschlusses *Plataforma Agraria* (PA) hinsichtlich der ungerechtfertigten Festnahme von zwei Bauern in Quetzaltenango durch die staatlichen Sicherheitskräfte. Juan José Mota und Urías Humberto López verliessen ein Verhandlungstreffen mit VertreterInnen der Finca María de Lourdes, im Munizip Génova, Quetzaltenango, die den ArbeiterInnen seit elf Jahren mehr als 3 Mio. Quetzales an Lohn und Gehaltszusatzleistungen schulden, als die beiden Bauern verhaftet wurden. Die Festgenommenen gehören zur ArbeiterInnenvereinigung UMCAGEF von Génova, Flores und der Finca María Lourdes, deren Besitzerin Familienangehörige des Präsidenten Bergers ist.

Pérez kritisierte die Haltung der Zivilpolizei (PNC) und wies auf die Tatsache hin, dass in einer Situation, in der diese der Bevölkerung bestehen sollte, sich die Staatsinstitution als ineffizient und lediglich dem Unternehmenssektor affin bewiese. Generell wird der Umgang der Regierung mit dem BäuerInnensektor von diesem als eindeutig repressiv wahrgenommen. Zwar wurden im genannten Fall Mota und López wieder freigelassen, der Prozess ist damit für sie jedoch noch nicht geklärt. Laut Verantwortlichen der PA stünden derzeit 21 weitere Haftbefehle gegen BäuerInnen aus. Zu diesen gehörten zwei Frauen, von denen eine 65jährige Dame behindert sei und kein Spanisch spreche.

Auch im Departement Retalhuleu besteht der Konflikt um besetzte Fincas uneingeschränkt fort. Rund 2'000 BäuerInnen halten die Finca Nueva Linda, Champerico besetzt und erklärten, sich solange nicht davon fort zu bewegen, bis ihr Vorsitzender Héctor René Reyes, der am 5. September 2003 entführt wurde, nicht auftauche. Damals wären frühmorgens einige Personen, als Mitglie-

der der Sicherheitskräfte der Finca identifiziert, zum Haus von Reyes gekommen und hätten ihn mitgenommen.

Unterdessen kam es zwischen den BäuerInnen, die die im selben Munizip befindliche Finca Ixpán besetzt hielten, zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit der PNC, die die Finca räumen sollte, nachdem der Dialog zwischen BesetzerInnen und Besitzer gescheitert war. Zwar kam es bei diesem Vorfall weder zu Verletzten noch Verhaftungen, doch etwa 20 Fincagebäude wurden von den Verantwortlichen in Brand gesteckt, die den von den Justiztribunalen gegebenen Befehl ausführten.

Die Brutalität, mit der die Sicherheitskräfte bei Räumungen von Fincas vorgehen, die die BäuerInnen als Druckmittel gegen die Regierung besetzten, um die Lösung der Agrarproblematik zu fordern, habe mittlerweile eine „Psychose“ in der Bevölkerung ausgelöst, was dazu führe, dass gleich zu aggressiven Massnahmen gegriffen würde, um der Situation zu begegnen, so Rafael González, einer der Führungspersonen des CUC. González rechtfertigte die Verschärfung der Reaktion von Seiten der BäuerInnen, die als InvasorInnen bezichtigt würden, als Konsequenz der Präpotenz, mit der die Polizei bei Räumungen vorgehe. „Die Räumungspolitik, die von den Autoritäten verfolgt wird, hat in der Bevölkerung eine Defensivhaltung zur Folge, die auf die selbe Weise antwortet, wie mit ihnen umgegangen wird“, so González. Es sei die gleiche Gewalt, die Gewalt provoziere, wenn die Bereitschaft zum Dialog versiege.

Der CUC-Vertreter wies darauf hin, dass Präsident Berger erst kürzlich seine Disposition zur Lösung des Konflikts ums Land geäußert habe, indes würde diese reine Theorie bleiben, hielten doch die Verfolgungen, Einschüchterungen und gar Morde an AnführerInnen der BäuerInnenbewegung an. Berger hatte Ende März versprochen, die Politik zur Klärung der Agrarsituation voranzutreiben. Zu den vorgeschlagenen Aspekten gehören die sofortige Lösung der Besetzungen sowie die Verabschiedung des Nationalen Katastergesetzes. Die BäuerInnenbewegung hofft darauf, dass spätestens nächste Woche eine von der Regierung angekündigte Kommission legal eingesetzt wird, um die Agrar- und Katasterkrise lösen zu suchen. In dieser Kommission wird der Grossteil der Exekutivministerien sowie Vizepräsident Eduardo Stein sitzen. Dennoch könne es durchaus passieren, dass die BäuerInnenbewegung den Dialog zerschlägt, sollten die Räumungen von Fincas anhalten, so der CNOC-Vertreter Atz.

